

DI / Motion SVP-Fraktion / CVP-Fraktion / FDP-Fraktion / SP-Fraktion / GRÜ-Fraktion
vom 24. April 2012

Änderung des Gesetzes über die Urnenabstimmungen: Unzulässigkeit von einem kombinierten Stimmzettel für Sachabstimmungen und Wahlen

Antrag der Regierung vom 14. August 2012

Nichteintreten.

Begründung:

Nach Art. 9 Abs. 3 der Vollzugsverordnung zum Gesetz über die Urnenabstimmungen (sGS 125.31; abgekürzt VV zum UAG) können die Gemeinden die Abstimmungsfragen der eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Sachvorlagen klar voneinander getrennt auf demselben Stimmzettel aufführen. Solche Stimmzettel werden von den Gemeinden auf eigene Kosten hergestellt und dem zuständigen Departement vor der Zustellung an die Stimmberechtigten zur Genehmigung eingereicht.

In der Regel finden alle Abstimmungsfragen auf der Vorderseite des Stimmzettels Platz. Je nach Zahl und Umfang der Abstimmungsfragen wird ein kleineres oder grösseres Format gewählt. Viermal mussten bisher doppelseitig bedruckte Stimmzettel eingesetzt werden, zuletzt bei der Abstimmung vom 11. März 2012, bei welcher über fünf eidgenössische Vorlagen und die Wahl der Regierung zu entscheiden war.

Der Stadtrat St.Gallen schreibt in der Antwort auf die Einfache Anfrage von Susanne Schmid-Keller zu den doppelseitig bedruckten Wahl- und Abstimmungszetteln (Vorlage Stadtparlament Nr. 4525 vom 8. Mai 2012), dass die Stadt St.Gallen seit September 2007 Stimmzettel verwende, auf denen sämtliche Wahl- und Abstimmungsvorlagen von Bund, Kanton und Gemeinde aufgeführt sind. Einzig für die Proporzahlen werden zusätzliche Stimmzettel benötigt. Dieses System habe für die Stimmberechtigten den Vorteil, dass sie nur noch einen einzigen, übersichtlichen Stimmzettel erhalten. Zudem ermöglichten diese Stimmzettel eine rasche und höchst zuverlässige Auszählung mit einem Hochleistungsscanner in einem einzigen Arbeitsgang.

Doppelseitig bedruckte Stimmzettel haben indes den Nachteil, dass die auf der Rückseite vorhandenen Abstimmungsfragen – trotz auffällig platziertem Vermerk «Rückseite: Wahl der Regierungsmitglieder» in grosser Schrift – übersehen werden können.

Allerdings lässt die Zahl der leeren Stimmzettel nicht allein auf die Zahl der Stimmenden schliessen, welche die Rückseite des Stimmzettels übersehen haben. Die Stimmberechtigten beantworten nicht immer sämtliche Abstimmungsfragen. Dies zeigt die unterschiedliche Stimmbeteiligung bei den einzelnen Vorlagen: Die Zahl der eingegangenen Stimmzettel ist in der Regel bei den eidgenössischen Sachvorlagen am höchsten und bei den kantonalen und kommunalen Vorlagen am tiefsten. Das führt in den Gemeinden mit den herkömmlichen Stimmzetteln zu einer unterschiedlichen Stimmbeteiligung bei den einzelnen Ebenen und Vorlagen, aber zu wenigen leeren Stimmzetteln. Weil in der Stadt St.Gallen alle Abstimmungsfragen auf einem einzigen Stimmzettel aufgeführt sind, ist die Stimmbeteiligung bei allen Vorlagen gleich hoch. Die unterschiedliche

«Teilnahme» an den einzelnen Vorlagen kommt in der Stadt St.Gallen in der Zahl der leeren Stimmzettel zum Ausdruck. Aus Vergleichen mit anderen Gemeinden lässt sich schliessen, dass ungefähr 2 von 100 Stimmenden die Rückseite nicht beachtet haben. Dies entspricht ungefähr 400 Stimmabgaben.

Dieser Wert rechtfertigt es, Massnahmen zu ergreifen, welche geeignet sind, um die Zahl der leeren Stimmzettel infolge Nichtbeachtung der Rückseite zu senken. Ein generelles Verbot von kombinierten Stimmzetteln schränkt die Gestaltung der städtischen Stimmzettel allerdings zu stark ein und würde eine unnötige Gesetzesänderung nach sich ziehen.

Die Stadt St.Gallen sieht vor, künftig beidseitig einen farblich abgesetzten unübersehbaren Hinweis auf die Rückseite anzubringen. Für rein kommunale Wahlen und Abstimmungen soll dieser Entscheid in der Kompetenz der Stadt liegen. Hingegen sollen keine doppelseitig bedruckten Stimmzettel mehr produziert werden, welche auf der einen Seite eine kantonale Majorzwahl und auf der anderen Seite eine oder mehrere Sachvorlagen kombinieren. Finden diese Kombinationen allerdings auf einer einzigen Stimmzettelseite Platz, besteht keine Gefahr, dass die Rückseite nicht beachtet wird. Daher sollen beliebige Kombinationen auf einem einseitig bedruckten Stimmzettel möglich bleiben. Zudem kann die Wahlanleitung weiterhin auf der Rückseite des Stimmzettels aufgedruckt werden. Eine Gesetzesänderung ist nicht notwendig.